TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

F/XXIII/152

Bonn, den 14. August 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>Ein Jahr vor der sechsten Bundestagswahl</u> Von der Talschle zum Aufstieg - Die Handschrift der Sozialdemokratie	89
3 - 4	<u>Hoffnung für den Kulturföderalismus</u> Hemmnisse und Erschwerungen im Bildungswesen Von Dr. Gerhard Wuthe	101
5 - 6	<u>Algier zwischen Paris und Moskau</u> Boumedienne drängt auf Einhaltung der Verträge mit Frankreich Von Georg Scheuer, Paris	78

*

*

*

Ein Jahr vor der sechsten Bundestagswahl

Von der Falschle zum Aufstieg - Die Handschrift der Sozialdemokratie

-ler - Heute scheint vielen mißvergnügten Zeitgenossen aus dem Bewußtsein geschwunden zu sein, warum es zur Bildung der Großen Koalition im Spätherbst 1966 nach der offenkundig gewordenen Unfähigkeit der Regierung Erhard/Mende gekommen ist. Die Freien Demokraten erinnern sich überhaupt nicht gern daran, aber ihr Teil an der Mitverantwortung für den damaligen allgemeinen Schwund des Vertrauens mit seinen bedrückenden Begleiterscheinungen läßt sich aus dem Buch deutsche Nachkriegsgeschichte nicht löschen.

Die Sozialdemokraten hatten sich nach langen und leidenschaftlichen Debatten für den Eintritt in die Regierung der Großen Koalition entschlossen, da dies die innere und äußere Lage der Bundesrepublik gebot und die SPD sich noch niemals in Stunden äußerster Bedrängnis übergeordneten Notwendigkeiten versagte. Das bezeugt ihre stolze, von Siegen und Niederlagen gekennzeichnete Geschichte. Nach 1918 bewahrten sie unter der Präsidentschaft des nach seinem Tode hochgerühmten, damals aber vielbelästerten Friedrich Ebert die von mannigfachen Gefahren bedrohte staatliche Einheit Deutschlands. Ende 1966 setzten sie in der Großen Koalition ihre besten Kräfte ein, um einen steckengebliebenen Karren wieder in Schwung zu bringen. Das geschah nicht, wie selbstgefällige Spötter meinen, um die Unionsparteien zu retten, es geschah, um der Bundesrepublik die verlorengegangenen Handlungsfreiheit zurückzugewinnen.

Die Bilanz, ein Jahr vor der 6. Bundestagswahl, kann sich sehen lassen. Der freie Teil Deutschlands hat wieder Vertrauen zu sich selbst gefaßt und er findet auch viel Vertrauen draußen in der Welt. Es geht wieder nach oben, wenn auch nicht überall im gleichen Tempo und in gleicher Intensität. So ging es in der Deutschlandpolitik kaum Zentimeterweise voran, doch das hängt von Faktoren ab, auf die Bonn nur indirekt einwirken kann. Aber wer wagt schon zu behaupten, daß das sich Sperrn der Machthaber in Ostberlin gegen ein geregeltes Nebst- und Miteinander beider Teile Deutschlands für alle Zeiten ein Gesetz sein muß? Wir brauchen hier einen langen Atem und dürfen in unserer Beharrlichkeit nicht nachlassen.

Nach eineinhalb Jahren sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung ist die Gefahr der Arbeitslosigkeit gebannt, sind Ängste und Unsicherheit um die eigene Existenz größtenteils gewichen. Die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland verzeichnet volle Beschäftigung, die Zahl der offenen Stellen überwiegt weitaus die Zahl der Arbeitslosen. Die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber können wieder für längere Zeit disponieren. Die Auftragsbücher großer Unternehmungen sind gefüllt und Gastarbeiter wieder gesucht. Mit Genugtuung registriert man den Umschwung der wirtschaftlichen Gegebenheiten im Vergleich zum düsteren

Herbst 1966 und Frühjahr 1967.

Unter Erhards Kanzlerschaft waren die CDU und ihr kleinerer Koalitionspartner, die FDP, nicht in der Lage und auch nicht fähig, Erkenntnisse der Nationalökonomie in ein modernes wirtschaftspolitisches Instrumentarium umzusetzen, dessen vernünftige Anwendung belebend und regulierend in das Wirtschaftsgeschehen eingreift. Selbst wo kümmerliche Anfänge erfolgten, verliefen sie in Sande; es bedurfte erst des Eintritts der Sozialdemokraten in die Regierung, um das unbedingt Unerläßliche durchzuführen. Mittelfristige Finanzplanung und das Stabilitätsgesetz sind Meilensteine in der finanz- und wirtschaftspolitischen Gesetzgebung. Sie geben jeder Regierung die Handhabe, Fehlentwicklungen auf ein Mindestmaß zu korrigieren und eine vorausschauende Wirtschaftspolitik zu betreiben, sofern der Wille, die Kraft und die Entschlossenheit einer Regierung dazu vorhanden sind. Unter dem Einfluß der Sozialdemokraten war es auch möglich, die heißen Probleme einer Struktur- und Energiepolitik, die diesen Namen verdient, anzupacken. Die Entwicklung wird nicht sich selbst überlassen, man versucht sie in den Griff zu bekommen. Erste Erfolge traten im Ruhrgebiet, dem industriellen Herz Deutschlands und in den Zonenrandgebieten ein. Es gibt keine wachsenden Kohlenhalden mehr und die bestehenden befinden sich im Abbau.

Der Mann, der verantwortlich für die Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik zeichnet, ist der Sozialdemokrat Prof. Dr. Karl Schiller, gern gesehener Gast der Wirtschaftsverbände und der Arbeitnehmer. Seine Konzeption, orientiert an den Notwendigkeiten und Bedürfnissen einer in internationaler Verflechtung verbundenen modernen Industriegesellschaft, hat einen Durchbruch erzielt. Sie hat der Bundesrepublik jene wirtschaftliche Potenz wieder gegeben, die sie befähigt, in internationalen Wirtschaftsfragen ein gewichtiges Wort mitzureden. Daß der Sozialdemokrat Prof. Karl Schiller, wie eine Umfrage ergab, von der Mehrheit der Bevölkerung der CDU zugerechnet wird, kündigt von der Macht eines Vorurteils das auf der Annahme basiert, Sozialdemokraten verstehen zwar viel von einer gerechteren Verteilung des Sozialprodukts, aber haben nur ein geringes Verständnis dafür, wie man es vermehren kann.

Diesem Vorurteil sollte durch die von Sozialdemokraten entscheidend mitgeprägte Wirtschaftspolitik der Großen Koalition eigentlich der Boden entzogen sein. Doch Vorurteile sind langlebig. Sie beherrschen oft das Denken von Generationen, auch wenn die Bedingungen sich ändern, unter denen Vorurteile entstehen. Hier bleibt noch eine wichtige Aufklärungsarbeit zu leisten. Sie ist für die Entwicklung und für das Selbstverständnis der deutschen Demokratie bedeutsamer als die Beschäftigung und das Engagement für die abstrusen Ideen eines in Kalifornien wirkenden Professors, für die sich Teile unserer studentischen Jugend begeistern.

+ + +

Hoffnung für den Kulturföderalismus

Hemmnisse und Erschwerungen im Bildungswesen

Von Dr. Gerhard Wuthe

In den vergangenen Jahren ist das föderalistische Prinzip unserer staatlichen Ordnung, bezogen auf die Kulturpolitik, immer wieder kritisch angesprochen worden. Die Rufe nach einer stärkeren Rahmenkompetenz des Bundes oder gar nach einem Bundeskulturminister gehörten fast schon zum Grundbestand der kulturpolitischen Tagesdiskussion. Sie wurden nur noch zur Kenntnis genommen in dem resignierenden Bewußtsein, daß sich angesichts der gegebenen politischen Machtkonstellation ohnehin nichts daran ändern würde.

Vor dem 5. Juli schien ein Punkt erreicht zu sein, an den sich das dialektische Gesetz vom Umschlagen der Quantität in Qualität am Beispiel der Kulturpolitik zu bestätigen drohte. Immer mehr Ereignisse zeigen, daß wir uns in entscheidenden Fragen der Bildungs- und Wissenschaftspolitik im föderalistischen Gestrüpp hoffnungslos festfahren können. Noch einmal hat der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen Heinz Kühn in der Konferenz des Ministerpräsidenten Schlimmes zu verhindern vermocht.

Unvermeidlich stellt sich dennoch die Alternative: Entweder gelingt es, das Zusammenwirken von Bund und Ländern wirksamer zu gestalten, oder der Bund muß angesichts des offensichtlichen Versagens einer föderalistischen Koordination selbst zum eigentlichen Träger der Kulturpolitik werden. Deutlich zeigte sich die eklatante Situation in der Frage der Akademiegesetzgebung. Gerade hier ist eine feste Basis der Bundeseinheitlichkeit unerlässlich. Geht es doch nicht zuletzt darum, dem deutschen Ingenieur im Bereich der EWG einen gleichberechtigten Platz neben seinen Kollegen aus anderen Ländern zu verschaffen. Das aber ist nur möglich von einem Ingenieurstatus her, der im gesamten Bundesgebiet Geltung hat, nicht mit einem bayerischen und einem nordrhein-westfälischen grad. Ingenieur.

Gerade in Nordrhein-Westfalen haben sozialdemokratische Kulturpolitiker in mehrjähriger Arbeit große Mühe darauf verwandt, ein praktikables Akademiegesetz zustande zu bringen. Es lag dem Landtag bereits am 25. Juni zur Verabschiedung vor. Dennoch war es bei Abwägen jedes Für und Wider doch wohl richtig, die abschließenden Lesungen dieses Gesetzes mit Rücksicht auf das Bemühen um eine bundeseinheitliche Lösung auszusetzen. Zwar hielt sich der Entwurf trotz seiner fortschrittlichen Tendenzen im Rahmen eines Beschlusses der Kultusministerkonferenz.

Johannes Rau aktiv

In anderen Bundesländern aber war dieser freilich sehr enggefaßte KMK-Beschluß durch weitergehende Gesetzentwürfe in Frage gestellt worden. Es zeugt von staatspolitischem Verantwortungsbewußtsein, daß die Regierungsfractionen im Landtag aus dieser Entwicklung nicht den Schluß gezogen haben, sie hätten nur ihrerseits freie Hand für die gesetzgeberische Gestaltung im eigenen Lande.

Der Parteivorstand der SPD hatte auf Vorschlag des Vorsitzenden

des Bildungspolitischen Ausschusses der SPD, des nordrhein-westfälischen Landtagsfraktionsvorsitzenden Johannes Rau, die sozialdemokratischen Ministerpräsidenten, Kultusminister und Fraktionsvorsitzenden zu einer Sitzung am 21. Juni zusammengerufen. Hier wurde beschlossen, in weiteren Sitzungen im Juli Empfehlungen für eine bundeseinheitliche Regelung auszuarbeiten.

Ministerpräsident Heinz Kühn hat auf dieser Grundlage am 5. Juli in der Konferenz der Ministerpräsidenten dem Kulturföderalismus zu einer Bewährungschance verholfen.

Aber die Akademie- bzw. Fachhochschulgesetzgebung ist nur ein Beispiel von vielen und wahrscheinlich trotz seines spektakulären Charakters nicht einmal das wichtigste. Denn auch für den gesamten Bereich des Hochschulwesens ergibt sich das Problem, den notwendigen Reformmaßnahmen im gesamten Bundesgebiet Geltung zu verschaffen. Ende Mai und erneut in der Landtagssitzung am 25. Juni hat Ministerpräsident Heinz Kühn für eine Bundesrahmenkompetenz im Hochschulbereich plädiert, um die Tendenzen zur Steigerung der Leistungsfähigkeit und Demokratisierung der Hochschulen voranzutreiben.

Und schließlich verlangt auch das Schulwesen über die seit 1964 bereits vereinbarten Vereinheitlichungsbestrebungen hinaus weitere Initiativen.

Dafür sind zwei Überlegungen maßgebend:

1. Eine föderalistische Ordnung soll die Verschiedenartigkeit von Traditionen, Weltanschauungen und Bekenntnissen, wirtschaftlichen und geographischen Gegebenheiten, sprachlichen und kulturellen Besonderheiten im landsmannschaftlichen Raum besser zu Geltung bringen als ein zentralistisch aufgebautes Staatswesen.

2. Die föderative Ordnung des Bildungswesens eröffnet die Chance, von jeweils günstigeren Voraussetzungen her in einzelnen Ländern eher fortschrittliche Tendenzen durchzusetzen, als es im Gesamtstaat möglich wäre.

Dazu ist zu bemerken:

1. Haben solche landsmannschaftlichen Besonderheiten in einer immer stärker von den Tendenzen einer einheitlichen technischen Zivilisation geprägten Gesellschaft noch eine solche Bedeutung, die es rechtfertigt, Hemmnisse und Erschwerungen im Bereich des auf Leistung angelegten Bildungswesens in erheblichem Ausmaß in Kauf nehmen zu müssen? Wohlgerne, die Problematik intellektueller und charakterlicher Bildung bleibt hiervon unberührt.

2. Ist das Funktionsschema Bund-Länder und Länder untereinander so gestaltet, daß die für den Föderalismus vorausgesetzten Schrittmacherdienste einzelner fortschrittlicher Bundesländer überhaupt zum Tragen kommen können? Gilt hier nicht vielmehr jenes andere, oft zitierte Bild vom Geleitzug, in dem das langsamste Schiff das Tempo bestimmt?

Pragmatisch muß man die Fragen stellen:

Lassen sich wirksamere Formen der Zusammenarbeit von Bund und Ländern in der Kulturpolitik finden?

Reichen die vorhandenen Einrichtungen dafür aus, oder müssen neue geschaffen werden?

Wie kann gemeinsame Planung in gemeinsames politisches Entscheidungshandeln umgesetzt werden?

Läßt sich im Zuge der Finanzverfassungsreform das unerläßliche nationale Bildungsbudget erstellen?

An der Beantwortung dieser Fragen entscheidet sich das Schicksal des Kulturföderalismus in der politischen Praxis.

Algier zwischen Paris und Moskau

Boumedienne drängt auf Einhaltung der Verträge mit Frankreich

Von Georg Scheuer, Paris

Der letzte Besuch des algerischen Außenminister Bouteflika in Paris war Auftakt für die demnächst beginnenden französisch-algerischen Verhandlungen, in welchen es um drei "Produkte" geht, die Algerien in Frankreich "absetzen" will: Wein, Erdgas und Arbeitslose. Bouteflika sprach darüber ausführlich und eindringlich mit Staatspräsident de Gaulle, Couve de Murville und mit dem neuen Außenminister Debré, den er persönlich noch nicht kannte und der als früherer Premierminister während des Algerienkrieges nicht gerade als Freund Algeriens bekannt ist. Diesen schlechten Ruf abzubauen war einer der Gründe der Pariser Gespräche.

W e i n

Interessanterweise ist die Weinausfuhr für Algerien derzeit das wichtigste Problem. Paris verpflichtete sich 1964 zum Ankauf eines Großteils der algerischen Weinproduktion. Der erbitterte Protest der französischen Winzer führte jedoch zu einer zunehmenden Drosselung der algerischen Weinlieferungen. Bouteflika forderte nun im Elysée "die Einhaltung einer gewissen internationalen Moral" und verwies zugleich warnend auf "Frankreichs Interessen in Algerien", d.h. auf die Möglichkeit neuer Enteignungen französischer Unternehmen.

Unter diesem Druck soll sich Paris nun entschlossen haben 10 Millionen Hektoliter algerischen Weins für 700 Millionen Franken aufzukaufen, jedoch in Algerien zu lagern, den französischen Weinmarkt also vor "Überschwemmung" zu schonen. Mit diesem Geschenk wären die Algerier zufrieden und die französischen Weinbauern beschwichtigt.

E r d g a s

Der französisch-algerische Energievertrag des Jahres 1965 blieb bis jetzt auf dem Papier. Offensichtlich haben es die französischen Unternehmer nicht eilig, neues Kapital in Algerien zu investieren. Das geplante Gaswerk in Skidda wurde nicht gebaut. Nur soll auf Bouteflikas Drängen alles "neu angekurbelt" werden. Frankreich soll statt 2,5 nunmehr 3,5 Milliarden Kubikmeter algerisches Gas verkraften. Frankreichs Nachgeben in diesem Punkt wird mit der offenen Drohung des algerischen Industrieministers Belaid Abdesslam erklärt, die algerischen Energiequellen vollständig zu nationalisieren.

A r b e i t s l o s e

Schließlich protestiert Algier schärfstens gegen die Einwanderungsbeschränkungen, die von Paris infolge der wachsenden Arbeitslosigkeit in Frankreich "einseitig und ohne Konsultierung der algerischen Regierung" verfügt wurden. Die Algerier rechnen mit einer regelmäßigen "Ausfuhr" ihrer überschüssigen Arbeitskräfte nach Frankreich und

erhielten diesbezüglich neue Zusagen. Ob es sich dabei nicht wieder um leere Versprechungen handelt, wird man bald wissen.

Enteignungen

Den algerischen Vorwürfen setzt die französische Regierung eine Reihe von Beschwerden entgegen, die sich insbesondere auf die letzten Nationalisierungen französischen Eigentums beziehen. Algier erklärt sich zu "Entschädigungen" bereit, falls die französischen Unternehmen zu "vernünftigen Diskussionen" bereit seien. Boufflika versicherte seinen Pariser Gesprächspartnern außerdem, daß die letzten Enteignungen keineswegs als "Vergeltungsmaßnahme" gegen Franzosen gedacht waren, sondern vielmehr als innenpolitischer Schachzug zur Beruhigung der algerischen Linksoption, anlässlich des Jahrestages der Machtergreifung Boumediennes am 19. Juni 1965.

Tauziehen

Dahinter gibt es ein Tauziehen zwischen Paris und Moskau um wirtschaftlichen und politischen Einfluß in Algerien. Erstmals gibt es auch im engsten Kreis um Oberst Boumedienne ernste Auseinandersetzungen.

Industrie- und Energieminister Belaid Abdesslam drängt auf vollständige Nationalisierung der französischen Unternehmen in Algerien - darunter Renault, Berliet und die Erdöleinrichtungen von Hassi Rmel. Der Minister weilte kürzlich mehrere Wochen mit vierzig Mitarbeitern (!) in der Sowjetunion. Bei dieser Gelegenheit wurden "Maßnahmen" für den Fall eines Bruches zwischen Algerien und Frankreich ausführlich besprochen.

Demgegenüber stemmen sich Innenminister Medeghri und Cherif Belkassen - beide gehören mit Boumedienne und Boufflika zum sogenannten "Kreis von Oujda" - gegen diese Entwicklung. Sie wünschen außenpolitisches Gleichgewicht und gute Beziehungen mit dem gaullistischen Frankreich. Falls die dringlichsten Forderungen der algerischen Wirtschaft aber nicht erfüllt werden, könnten sie sich Abdesslams Bestrebungen nicht widersetzen. Oberst Boumedienne selbst soll angeblich zwischen den beiden Richtungen lavieren.

Auf diese Perspektiven verweist Algier nachdrücklich in allen Gesprächen mit de Gaulles Ministern, anscheinend nicht ohne Erfolg.